



Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Zu den Berichten des Magazins *stern* sowie von Report München (und anderen) unter Bezug auf das Recherchebündnis German Arms erklärt der Hauptgeschäftsführer des BDSV, Dr. Hans Christoph Atzpodien:

Zunächst ist zur Richtigstellung der Fakten auf die Antwort der Bundesregierung – der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - vom 21. Februar 2019 auf eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Agnieszka Brugger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) zu verweisen. Dort heißt es auf die Frage, welche Erkenntnisse die Bundesregierung über deutsche Waffen und Rüstungsgüter hat, die von Empfängern an Konfliktparteien im Jemen-Krieg weitergegeben wurden: „Der Bundesregierung liegen keine aktuellen Informationen zu Verstößen gegen Endverbleibserklärungen für aus Deutschland in die Vereinigten Arabischen Emirate oder nach Saudi-Arabien ausgeführte Rüstungsgüter vor. Auch die in der Frage zitierten Quellen unterstützen diese Behauptung nicht. Konkrete Hinweise auf Missbrauch oder Nichteinhaltung der Verpflichtung über den Endverbleib nimmt die Bundesregierung stets sehr ernst und geht ihnen nach.“

In diesem Zusammenhang bekräftigt der Hauptgeschäftsführer des BDSV nochmals seine bereits früher abgegebenen Erklärungen, wonach die Deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie die Entscheidungen der Bundesregierung zum Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien sowie an Konfliktparteien des Jemen-Konfliktes auf der Grundlage der deutschen Ausfuhr-Regularien respektiert, soweit dadurch nicht zum Nachteil der betroffenen Unternehmen in laufende, bereits zuvor von der Bundesregierung genehmigte Lieferverträge eingegriffen wird (Vertrauensschutz).

Ferner ist der BDSV der Auffassung, dass die Bundesregierung bei ihrer Rüstungsexportpolitik eine Harmonisierung mit der entsprechenden Vorgehensweise ihrer wichtigsten europäischen Verbündeten im Auge haben muss, da anderenfalls die Ansätze für europäische Rüstungskoperationen akut gefährdet werden und das Vertrauen in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bei Partnern und Kunden noch weiter in Frage gestellt wird.

Abschließend weist der BDSV darauf hin, dass die Wahrnehmung der deutschen wehrtechnischen Industrie in der deutschen Öffentlichkeit nach veröffentlichten Erkenntnissen keineswegs durchweg negativ ist (wie es immer wieder verbreitete Zahlen, wonach über 80 % der deutschen Bevölkerung gegen Waffenlieferungen in Krisenregionen seien, erscheinen lassen). Der BDSV beruft sich hierbei u.a. auf eine Studie mit dem Titel „Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland“, die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. von Prof. Dr. Franz Beitzinger am Institut für Organisationskommunikation der Fakultät für Betriebswirtschaft der Universität der Bundeswehr München im Jahr 2017 durchgeführt und im März 2018 veröffentlicht wurde [<https://bit.ly/2EB4Yie>]